Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Stadtgrün, Mobilität, Umwelt und Geodaten
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Reyk Golinski 563 5058 563 8422 reyk.golinski@stadt.wuppertal.de
	Datum:	22.06.2022
	Drucks.-Nr.:	**VO/0734/22** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.09.2022	**Hauptausschuss**	**Entscheidung**
05.09.2022	**Rat der Stadt Wuppertal**	**----------**

Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW - Stärkung des ÖPNV am Döppersberg

Grund der Vorlage

Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW (Anlage 01)

Beschlussvorschlag

Der Bürgerantrag wird abgelehnt.

Einverständnisse

Entfällt.

Unterschrift

Meyer

Begründung

„Der Ausschuss für Verkehr beauftragt die Verwaltung analog der Aussage aus der Vorlage 0075/21 ein Konzept zu entwickeln wie der ÖPNV als auch der Radverkehr am neuen Döppersberg mehr berücksichtigt wird. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus WSW Mobil, als auch NGO sowie der Uni

gebildet werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Verwaltung soll sein den Umweltverbund soweit zu stärken, dass dieser eine bessere Alternative zum MIV wiederspiegelt "

Mit der Vorlage VO/0637/22 – Busbeschleunigung (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke) hat der Verkehrsausschuss am 07.06.2022 die Verwaltung mit zahlreichen Prüfaufträgen zur Beschleunigung des ÖPNV beauftragt. Gegenstand dieser Prüfaufträge sind auch Anregungen und Vorschläge rund um den Hauptbahnhof/Döppersberg. Diese überschneiden sich daher mit dem hier vorliegenden Antrag nach § 24 GO.

Die inhaltliche Bearbeitung erfolgt auf Basis der Prüfaufträge des Verkehrsausschusses, eine ergänzende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bürgerantrag ist damit obsolet. Der Bürgerantrag wird daher abgelehnt.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

X neutral /nein

☐ ja, positive Auswirkungen

☐ ja, negative Auswirkungen

Begründung: Die Beantwortung von Bürgerschreiben durch die Verwaltung ist ohne Klima-Relevanz.

Anlagen

Anlage 01 - Bürgerantrag